

# INTERNATIONALE HANDELSCHIEDSGERICHTS- BARKEIT IN LATEINAMERIKA – EINE SKIZZE

Jürgen Samtleben

Dass *Herbert Kronke* die Schiedsgerichtsbarkeit am Herzen liegt, ist bekannt, ebenso sein Interesse für das Recht der lateinamerikanischen Staaten. Es liegt daher nahe, das Thema für diesen ihm gewidmeten Beitrag aus diesem Kontext zu wählen. Hier hat sich nun in den beiden letzten Jahrzehnten eine bedeutsame Wandlung vollzogen. Die ursprüngliche Skepsis gegenüber der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit in Lateinamerika ist zumindest im Bereich der Gesetzgebung einer Kodifikationseuphorie gewichen, die sich zumeist am UNCITRAL-Modellgesetz orientiert. Tatsächlich haben alle lateinamerikanischen Staaten in dieser Zeit ihr Recht der Schiedsgerichtsbarkeit grundlegend erneuert. Auch im Bereich der einschlägigen Staatsverträge lässt sich eine zunehmende Teilnahme lateinamerikanischer Staaten feststellen. Der folgende Beitrag soll einen Überblick über diese Entwicklung geben, der im vorgegebenen Rahmen freilich nur skizzenhaft ausfallen kann.

## I. Staatsverträge

### 1. UN-Schiedsgerichtskonvention von New York 1958

Dem New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche von 1958<sup>1</sup> gehören inzwischen alle lateinamerikanischen Staaten an. Bis 1980 hatten nur fünf dieser Staaten das Übereinkommen ratifiziert, bis zum Ende der Dekade kamen weitere sieben Staaten dazu.<sup>2</sup> Am Ende der neunziger Jahre waren es dann 16 Vertragsstaaten aus Lateinamerika; erst nach der Jahrtausendwende schlossen sich auch Honduras (2001), Brasilien und die Dominikanische Republik (2002) sowie Nicaragua (2003) dem Übereinkommen an. Gerade am Beispiel Brasiliens erweist es sich freilich, dass die Annahme völkerrechtlicher Abkommen sich nicht unbedingt in der täglichen Praxis auswirkt. Eingehende Untersuchungen haben gezeigt, dass das brasilianische Höhere Bundesgericht (*Superior Tribunal de Justiça*) sich bei der Anerkennung ausländischer Schiedssprüche eher an den Normen des brasilianischen Schiedsgerichtsgesetzes von 1996 als an der New Yorker Konvention orientiert.<sup>3</sup> Es bedarf daher jeweils einer genauen Prüfung, inwieweit die Vorschriften des Übereinkommens von den Gerichten der Vertragsstaaten auch tatsächlich angewendet werden.

### 2. Interamerikanische Schiedsgerichtskonvention von Panama 1975

Die Interamerikanische Konvention über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit wurde 1975 auf der ersten Interamerikanischen Spezialkonferenz über Internationales Privatrecht in Panama geschlossen.<sup>4</sup> Das Thema war vor allem auf Drängen der Vereinigten Staaten von Amerika in die Tagesordnung aufgenommen worden, da die UN-Konvention zum damaligen Zeitpunkt nur für drei lateinamerikanische Staaten in Kraft war. Trotzdem dauerte es noch 15 Jahre, ehe die Interamerikanische Konvention

<sup>1</sup> Siehe dazu Herbert Kronke u.a. (Hrsg.), Recognition and enforcement of foreign arbitral awards: A global commentary on the New York Convention, 2010.

<sup>2</sup> Vgl. zur damaligen Rechtslage noch Jürgen Samtleben, Handelsschiedsgerichtsbarkeit in Lateinamerika – Aktuelle Entwicklungen -, WM 1989, S. 789 ff.

<sup>3</sup> Rachel Benvenuto, Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards in Brazil, 2010, S. 66 ff.; siehe auch Jürgen Samtleben, Zur Anerkennung ausländischer Schiedssprüche in Brasilien, SchiedsVZ 2009, S. 110; ferner für Ecuador und Kolumbien unten Fn. 106.

<sup>4</sup> Siehe dazu Jürgen Samtleben, Die Interamerikanischen Spezialkonferenzen für Internationales Privatrecht, RabelsZ 44 (1980) S. 257, 265 ff.

von den USA ratifiziert wurde.<sup>5</sup> Inzwischen ist die Konvention heute auch von allen lateinamerikanischen Staaten außer von Haiti und Kuba ratifiziert. Der räumliche Anwendungsbereich der Konvention ist nicht klar umschrieben.<sup>6</sup> Jedenfalls geht sie zwischen den Vertragsstaaten der UN-Konvention vor.<sup>7</sup> Die USA haben dies auch durch eine Erklärung bei der Ratifikation ausdrücklich bestätigt.<sup>8</sup> Dort findet die Konvention seither im Verkehr mit den lateinamerikanischen Staaten regelmäßig Anwendung.<sup>9</sup> Und auch aus diesen Staaten liegen zahlreiche Gerichtsentscheidungen dazu vor.<sup>10</sup>

### 3. Weltbank-Übereinkommen 1965

Die traditionelle Skepsis der lateinamerikanischen Staaten gegenüber der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit beruht auch auf negativen Erfahrungen mit der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit. Das Weltbank-Übereinkommen über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten von 1965 stieß daher zunächst auf das geschlossene „No de Tokyo“ der lateinamerikanischen Staaten.<sup>11</sup> Dieser Widerstand wurde aber allmählich überwunden, so dass die meisten dieser Staaten heute dem Übereinkommen angehören. Brasilien ist dagegen dem Übereinkommen nicht beigetreten und hat auch keine bilateralen Kapitalschutzabkommen mit entsprechenden Schiedsklauseln unterzeichnet, ohne dass dies seiner Stellung als begehrtes Investitionsland Abbruch getan hat.<sup>12</sup> Ebenso hat sich Mexiko lange dem Übereinkommen ferngehalten und es erst 2018 ratifiziert.<sup>13</sup> Allerdings war das Land mit Deutschland schon seit 2001 durch einen Kapitalschutzvertrag verbunden, der ebenfalls die Investitionsschiedsgerichtsbarkeit vorsah.<sup>14</sup> Die Dominikanische Republik hat das Übereinkommen im März 2000 unterzeichnet, aber bisher nicht ratifiziert. In jüngster Zeit hat nun eine gegenläufige Bewe-

<sup>5</sup> Siehe dazu *Houston Putnam Lowry*, *The United States Joins the Inter-American Arbitration Convention*, *J.Int.Arb.* 7 (1990) Nr. 3, S. 83 ff. mit dem Resümee: „The only question is why did it take so long for the United States to ratify this Convention?“ (S. 89).

<sup>6</sup> Zu den verschiedenen Meinungen siehe *Samtleben* (oben Fn. 2) S. 770.

<sup>7</sup> *Jan Kleinheisterkamp*, *Conflict of Treaties of International Arbitration in the Southern Zone*, in: *Jan Kleinheisterkamp/Gonzalo A. Lorenzo Idiarte* (Hrsg.), *Avances del Derecho Internacional Privado en América Latina*, 2002, S. 667, 678.

<sup>8</sup> Abgestellt wird dabei auf die Staatsangehörigkeit der Beteiligten; ebenso *Public Law 101-369* v. 15.8.1990, 9 U.S.C. §§ 301-307.

<sup>9</sup> Siehe die Rechtsprechungsübersicht bei *John P. Bonman*, *The Panama Convention and its Implementation Under the Federal Arbitration Act*, *Am.Rev.Int.Arb.* 11 (2000) S. 1, 115-176; ferner die jährlichen Berichte seit 1997 in *YB Comm.Arb.*, Part V D.

<sup>10</sup> Siehe in Brasilien: S.T.F. 1.12.1999, *Rev.Trim.Jur.* 172, S. 868 (873); S.T.J. 24.4.1990, *Lex* 18, S. 108 (112 f., 124 f.); 28.6.2006, *AgRgAg* 716016, D.J. v. 1.8.2006; 2.12.2015, *SEC* 5782, D.J. v. 16.12.2015; für Panama siehe bei *Guillermo Aguilar Álvarez*, *El régimen jurídico de la ejecución de laudos arbitrales extranjeros en América Latina*, in: *Estudios en Homenaje a Jorge Barreara Graf*, t. I, 1989, S. 93, 108 Fn. 65; in Uruguay: *Trib.Ap. Montevideo* 18.6.2003, *L.J.U.* 128, Nr. 14744; in Venezuela: C.S. 26.1.1988, *Jur.C.S.* 15 Nr. 1, S. 28 (31); 8.7.1993, *Jur.C.S.* 20 Nr. 7, S. 299 (301); 9.10.1997, *Jur.C.S.* 24 Nr. 10, S. 331 (348) und die Vorentscheidung *Juzg. 2°Carcas* 24.1.1997, *YB Comm.Arb.* 22 (1997) S. 1086; zu dem Fall auch *Oliver Linnenborn*, *Die Derogation der venezolanischen Gerichtsbarkeit durch eine Schiedsvereinbarung*, *IPRax* 1999, S. 192 f. Die Auswahl erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

<sup>11</sup> Vgl. *Paul C. Szasz*, *The Investment Disputes Convention and Latin America*, *Va. J. Int. L.* 11 (1970/71) S. 256 ff.

<sup>12</sup> Ausführlich dazu *Jan Kleinheisterkamp*, *O Brasil e as disputas com investidores estrangeiros*, in: *Mônica Teresa Costa Souza Cherem/Roberto Di Sena Júnior* (Hrsg.), *Comércio internacional e desenvolvimento*, 2004, S. 156 ff.; *Jean Kalicki/Suzana Medeiros*, *Investment Arbitration in Brazil*, *Arb.int.* 24 (2008) S. 423, 431 ff. Auch die kürzlich von Brasilien geschlossenen Kapitalschutzabkommen mit Angola, Chile, Kolumbien, Mexiko, Malawi, Mosambik und Peru sehen keine Investitionsschiedsgerichtsbarkeit vor.

<sup>13</sup> Das Übereinkommen trat am 26. August 2018 für Mexiko in Kraft. Zur Beteiligung Mexicos an Additional Facility Verfahren siehe aber schon *Franciso González de Cossío*, *J.Int.Arb.* 19 (2002) S. 227, 234 ff.

<sup>14</sup> BGBl 2000 II S. 867, 2001 II S. 175. Ein entsprechender Vertrag mit Kolumbien, BGBl 1967 II S. 1153, war am dortigen Widerstand gescheitert; zum Hintergrund *Jürgen Samtleben*, *RIW* 1996, S. 556 f.

gung eingesetzt, so wurde das Übereinkommen von den Andenstaaten Bolivien (2007), Ecuador (2009) und Venezuela (2012) gekündigt.<sup>15</sup> Diese Kündigungen haben aber mehr symbolische Wirkung, da die praktischen Konsequenzen aufgrund der „survival clauses“ auf absehbare Zeit beschränkt bleiben.<sup>16</sup> So beschäftigen Klagen gegen Venezuela noch immer die ICSID-Schiedsgerichte.<sup>17</sup> In Ecuador schreibt ein Gesetz von 2018 sogar ausdrücklich bei Investitionsverträgen über 10 Mio. Dollar die Konfliktlösung durch Schiedsgerichte vor.<sup>18</sup> Die Handelsschiedsgerichtsbarkeit wird ohnehin durch die genannten Kündigungen nicht berührt. Dem soll nun im Folgenden nachgegangen werden.

## II. Die Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit in Lateinamerika

Traditionell war die Schiedsgerichtsbarkeit in den Zivil- und Handelsgesetzbüchern sowie in den Gerichtsverfassungs- und Zivilprozessgesetzen der lateinamerikanischen Staaten geregelt.<sup>19</sup> Dabei handelte es sich um ein relativ schwerfälliges Verfahren, das den Erfordernissen der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit in keiner Weise entsprach. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden hier spezielle Gesetze, die diesem Bedürfnis Rechnung tragen sollten. Ecuador erließ 1963 ein Gesetz über die Handelsschiedsgerichtsbarkeit, das nur die institutionelle Schiedsgerichtsbarkeit betraf.<sup>20</sup> Es folgte das kubanische Gesetz über die Außenhandelsschiedsgerichtsbarkeit von 1965 nach dem Muster der sozialistischen Staaten.<sup>21</sup> Ferner wurde 1988 die Schiedsgerichtsbarkeit in Uruguay in der Allgemeinen Prozessordnung und in Mexiko im Handelsgesetzbuch gesetzlich neu geregelt.<sup>22</sup> Alle diese Regelungen sind heute nicht mehr in Kraft oder wie in Uruguay nur noch für nationale Schiedsverfahren relevant.

In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts setzte dagegen eine rege Kodifikationstätigkeit auf dem Gebiet der Schiedsgerichtsbarkeit ein. In Kolumbien wurde ein bereits 1989 erlassenes Dekret durch zahlreiche weitere Gesetzgebungsakte ergänzt und mit diesen zusammen 1998 als „Statut der alternativen Mechanismen der Konfliktlösung“ kompilatorisch zusammengefasst, während im Nachbarland Peru das Allgemeine Gesetz über die Schiedsgerichtsbarkeit von 1992 bereits 1996 durch ein neues Gesetz abgelöst wurde.<sup>23</sup> Weitere Gesetze zur Schiedsgerichtsbarkeit wurden 1993 in Mexiko<sup>24</sup> und 1995 in Guatemala<sup>25</sup> erlassen. Besondere Bedeutung kommt vor

<sup>15</sup> Siehe dazu *Catherine Titt*, Investment Arbitration in Latin America, *Arb.int.* 30 (2014) S. 357, 363 ff. Auch Nicaragua hatte seinen Austritt angekündigt, bisher aber keine Kündigung erklärt.

<sup>16</sup> Eingehend dazu *Anna Lotte Böttcher*, Dekonstitutionalisierungstendenzen im internationalen Investitionsschutzrecht, 2015, S. 117 ff.; siehe dazu meine Besprechung in *RabelsZ* 80 (2016) S. 699 ff.

<sup>17</sup> In einem Verfahren wurde Venezuela 2014 von einem ICSID-Schiedsgericht zur Zahlung von 1,6 Milliarden Dollar an Exxon verurteilt, der Schiedsspruch aber 2017 annulliert; ICSID Case No. Arb/07/27.

<sup>18</sup> Ley orgánica para el fomento productivo, atracción de inversiones, generación de empleo, y estabilidad y equilibrio fiscal v. 7.8.2018, R.O. Supl. v. 21.9.2018, Art. 37.

<sup>19</sup> Siehe dazu meine Beiträge in *RIW* 1981, S. 376 ff. (Brasilien); 1983, S. 167 ff. (Chile), S. 721 ff. (Argentinien); 1984, S. 860 ff. (Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru, Venezuela); 1987, S. 20 ff. (Peru, Venezuela); 1988, S. 107 ff. (Uruguay); 1990, S. 721 ff. (Paraguay). Ohne nachhaltige Wirkung blieben der im Rahmen der OAS erarbeitete Entwurf für ein einheitliches interamerikanisches Gesetz über die Handelsschiedsgerichtsbarkeit von 1956, dazu *Jürgen Samtleben*, *IPR in Lateinamerika*, 1979, S. 36, und das Modellgesetz für Iberoamérica von 1981, dazu *Marcelino Cabanas Rodríguez*, *Rev. Corte Arb. Esp.* 1 (1984) S. 29 ff.

<sup>20</sup> Siehe dazu *Alfred Karger*, Ecuador: Neues handelsrechtliches Schiedsverfahren, *AWD* 1964, S. 54.

<sup>21</sup> Siehe dazu *Jürgen Samtleben*, *AWD* 1971, S.214 ff.; zur Reform von 1976 *Enrique Dahl/Alejandro M. Garro*, Cuba's System of International Commercial Arbitration: A Convergence of Soviet and Latin American Trends, *Lawyer of the Americas* 15 (1983/84) S. 441 ff.

<sup>22</sup> Vgl. die Kurzinformationen in *RabelsZ* 53 (1989) S. 386 f. und 553 f.

<sup>23</sup> Näher dazu bei *Jürgen Samtleben*, Die Reform der Schiedsgerichtsbarkeit in den Mitgliedstaaten der Andengemeinschaft, *IDR* 2004, S. 162 f.

allem dem brasilianischen Gesetz über die Schiedsgerichtsbarkeit von 1996 zu, da bis dahin die Schiedsklausel in Brasilien keine verpflichtende Wirkung besaß.<sup>26</sup> In der Folge erhielten auch Bolivien (1997) und Ecuador (1997) sowie Venezuela (1998) neue Schiedsgerichtsgesetze<sup>27</sup>, ebenso die mittelamerikanischen Staaten Costa Rica (1997) und Panama (1999)<sup>28</sup>.

Diese Welle der Kodifikationen setzte sich im 21. Jahrhundert fort. In rascher Folge ergingen nun einschlägige Gesetze in Honduras (2000)<sup>29</sup>, El Salvador (2002)<sup>30</sup>, Paraguay (2002)<sup>31</sup>, Chile (2004)<sup>32</sup>, Nicaragua (2005)<sup>33</sup>, Haiti (2006)<sup>34</sup> und der Dominikanischen Republik (2008)<sup>35</sup>. In Kuba wurde 2007 das Außenhandelsschiedsgericht in ein Gericht für die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit umgewandelt.<sup>36</sup> In der Folge wurden auch in anderen Staaten der Region die bestehenden Gesetze über die Schiedsgerichtsbarkeit durch Neuregelungen ersetzt oder durch spezielle Gesetze über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit ergänzt, so in Peru (2008)<sup>37</sup>, Costa Rica

---

24 Mexiko: Decreto v. 12.7.1993, D.O. v. 22.7.1993: Neufassung Art. 1415-1463 CCom über das Schiedsverfahren; dazu *Julio C. Treviño*, The New Mexican Legislation on Commercial Arbitration, J.Int.Arb. 11 (1994) Nr. 4 S. 5 ff.; *Isabel Zivy*, La nouvelle loi sur l'arbitrage au Mexique, Rev.arb. 1994, S. 295 ff.; *José Luis Siqueiros*, Mexican Arbitration – The New Statute, Tex.Int.L.J. 30 (1995) S. 227 ff. Ergänzt durch Art. 1464-1480 Com, Decreto v. 24.1.2011, D.O. v. 27.1.2011, dazu *Carlos Léal-Isla Garza/Zita Horvath*, Réforme du Code de commerce mexicain relative à l'intervention judiciaire à l'arbitrage, Rev.arb. 2011, S. 325 ff.

25 Guatemala: Ley de Arbitraje, Decreto No. 67 v. 16.11.1995, Diario de Centro América v. 17.11.1995.

26 Brasilien: Lei No. 9.307 que dispõe sobre a arbitragem v. 23.9.1996, D.O.U. v. 24.9.1996; dazu *Jürgen Samtleben*, Das neue brasilianische Gesetz über die Schiedsgerichtsbarkeit, RIW 1998, S. 33 ff.; zum früheren Recht *ders.*, RIW 1989, S. 769 ff. Geändert durch Lei No. 13.129 v. 23.9.2015, D.O.U. v. 24.9.2015.

27 Näher dazu *Samtleben* (oben Fn. 23) S. 161 ff. Siehe in Ecuador: Ley de Arbitraje y Mediación v. 21.8.1997, R.O. v. 4.9.1997, dazu *Isabel Zivy/Jairo González-Hidalgo*, La nouvelle loi relative à l'arbitrage en Equateur, Clunet 126 (1999) S. 115 ff.; geändert durch Gesetz Nr. 48 v. 11.2.2005, R.O. v. 25.2.2005; in Venezuela: Ley de Arbitraje Comercial v. 7.4.1998, G.O. v. 7.4.1998, dazu *Frank Gabaldón*, Análisis de la Ley de Arbitraje Comercial, 1999; *James O. Rodner*, The New Venezuelan Arbitration Law, ICC-Bull. 11 (2000) Nr. 2, S. 6 ff.; *Ivor D. Mogollón Rojas*, El arbitraje comercial venezolano, 2004.

28 Für Costa Rica siehe *Sergio Artavia Barrantes*, La nueva ley de arbitraje de Costa Rica, Roma e America 9 (2000) S. 211 ff.; für Panama *Gilberto Boutin I.*, Del arbitraje comercial, 2001, S. 21 ff.

29 Honduras: Ley de Conciliación y Arbitraje, Decreto No. 161 v. 29.12.2000, La Gaceta v. 14.2.2001.

30 El Salvador: Ley de Mediación, Conciliación y Arbitraje, Decreto No. 914 v. 23.7.2002, D.O. v. 21.8.2002, geändert durch Decreto No. 140 v. 21.10.2009, D.O. v. 30.10.2009.

31 Paraguay: Ley de Arbitraje y Mediación, Gesetz Nr. 1879 v. 24.4.2002, G.O. v. 26.4.2002; siehe dazu *José Antonio Moreno Rodríguez*, Derecho aplicable, orden público y el nuevo régimen arbitral paraguayo, La Ley (Paraguay) 2004, S. 431 ff.

32 Chile: Ley sobre Arbitraje Comercial Internacional, Gesetz Nr. 19.971 v. 10.9.2004, D.O. v. 29.9.2004; siehe dazu *Cristián Conejero Roos*, The New Chilean Arbitration Law and the Influence of the Model Law, J.Int.Arb. 22 (2005) S.149 ff.

33 Nicaragua: Ley de Mediación y Arbitraje, Gesetz Nr. 540 v. 21.6.2005, La Gaceta v. 24.6.2005.

34 Haiti: Art. 955-980 Code de Procédure Civile idF durch Décret v. 28.12.2005, Le Moniteur v. 3.4.2006.

35 Dominikanische Republik: Ley sobre Arbitraje Comercial, Gesetz Nr. 489 v. 19.12.2008, G.O. v. 30.12.2008, dazu *Stephan Adell*, La nouvelle loi dominicaine sur l'arbitrage commercial du 19 décembre 2008, Rev.arb. 2009, S. 503 ff.; *Édyson Alarcón*, Comentarios a la ley de arbitraje comercial, 2012; *José Carlos Fernández Rozas/Nathanael Concepción*, Sistema de arbitraje comercial en la República Dominicana, 2013.

36 Kuba: Ley de la Corte Cubana de Arbitraje Comercial Internacional, Decreto-Ley No. 250 v. 30.7.2007, G.O. No. 037 extr. v. 31.7.2007. Siehe dazu *Kevin Tuininga*, International Commercial Arbitration in Cuba, Emory Int. L. Rev. 22 (2008) S. 571 ff.; *Maelia Esther Pérez Silveira/Juan Mendoza Díaz*, El arbitraje comercial internacional en Cuba, Comentario a su tratamiento normativo, in: *Rodolfo Dávalos Fernández/Marta Moreno Cruz* (Hrsg.), Estudios sobre arbitraje en Cuba, 2017, S. 52, 58 ff.

37 Peru: Dec. Leg. No. 1071 que norma el arbitraje v. 27.6.2008, El Peruano v. 28.6.2008; dazu *Fernando Mantilla-Serrano*, La nouvelle loi péruvienne sur l'arbitrage du 27 juin 2008, Rev.arb. 2009, S. 731 ff.; zum Einfluss des UNCITRAL-Modells und ausländischer Texte *Carlos Alberto Mathews López*, Rev.jur.Perú 94 (2008) S. 458 ff. Geändert durch Dec.Leg. No. 1231 v. 25.9.2015, El Peruano v. 26.9.2015 und Dec.Urg. No. 20-2020 v. 23.1.2020, El Peruano v. 24.1.2020.

(2011),<sup>38</sup> Kolumbien (2012)<sup>39</sup>, Panama (2013)<sup>40</sup>, Bolivien (2015)<sup>41</sup> und Uruguay (2018)<sup>42</sup>. In Argentinien, wo das neue Zivil- und Handelsgesetzbuch von 2014 sehr restriktive Normen über die Schiedsgerichtsbarkeit enthält, wurde 2018 ein eigenes Gesetz für die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit erlassen.<sup>43</sup> So besitzen heute alle 20 Staaten der Region moderne Regelungen über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit.<sup>44</sup>

### III. Die neuen Schiedsgesetze im Überblick

Die Neukodifikation der Schiedsgerichtsbarkeit in den lateinamerikanischen Staaten orientiert sich mehr oder weniger eng an dem UNCITRAL-Modellgesetz, wobei diese Entwicklung auch von UNCITRAL selbst gefördert wurde.<sup>45</sup> Der folgende Überblick legt daher ebenfalls Aufbau und Gliederung des Modellgesetzes zugrunde.

#### 1. Anwendungsbereich

Das UNCITRAL-Modellgesetz beschränkt seine Anwendung auf die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit. Dem folgen die Gesetze von Argentinien, Chile, Costa Rica, Kuba und Uruguay. Die Gesetze der Dominikanischen Republik, Mexiko und Venezuela regeln allgemein die Handelsschiedsgerichtsbarkeit, gelten also auch für nationale Schiedsverfahren und enthalten nur einzelne Sonderregeln für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit. Andere Gesetze umfassen die Schiedsgerichtsbarkeit im Allgemeinen. Dabei unterscheiden die Gesetze von Guatemala und Kolumbien in getrennten Abschnitten zwischen der nationalen und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Dagegen enthalten die Gesetze von Brasilien, Haiti, Panama und Peru grundsätzlich eine einheitliche Regelung und widmen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit nur einzelne Vorschriften. Eine größere Gruppe von Gesetzen fasst die Schiedsgerichtsbarkeit mit anderen Formen der alternativen Streitbeilegung wie

---

<sup>38</sup> Costa Rica: Ley sobre Arbitraje Comercial Internacional, Gesetz Nr. 8937 v. 27.4.2011, La Gaceta v. 25.5.2011; vgl. dazu *Dyalá Jiménez*, Notas sobre la nueva ley de arbitraje comercial internacional en Costa Rica, Rev.Arb.Med. 8 (2011) Nr. 30, S. 483 ff.

<sup>39</sup> Kolumbien: Estatuto de Arbitraje Nacional e Internacional, Gesetz Nr. 1563 v. 12.7.2012, D.O. v. 12.7.2012. Siehe dazu *Fernando Mantilla-Serrano*, Colombia Enacts a New International Arbitration Law, J.Int.Arb. 30 (2013) S. 431 ff.; *Anderson Fabián Camacho Solano*, El arbitraje como mecanismo alternativo de solución de conflictos, 2015; *Jorge Hernán Gil Echeverry*, Régimen arbitral colombiano, 2. Aufl., 2017.

<sup>40</sup> Panama: Ley No. 131 que regula el arbitraje comercial nacional e internacional en Panamá v. 31.12.2013, G.O.Dig. No. 27449-C v. 8.1.2014; siehe dazu *Carlos Alberto Arrue Montenegro*, Le nouveau droit panaméen de l'arbitrage, Rev.arb. 2014, S. 617 ff.

<sup>41</sup> Bolivien: Ley de Conciliación y Arbitraje, Gesetz Nr. 708 v. 25.6.2015, G.O. v. 25.6.2015.

<sup>42</sup> Uruguay: Ley de Arbitraje Comercial Internacional, Gesetz Nr. 19636 v. 13.7.2018, D.O. v. 26.7.2018. Siehe dazu *Sandra Gonzalez/Mateo Miguel Verdias Mezgera*, Uruguay: The New International Commercial Arbitration Law, ICC-DispResBull 2018 Nr. 3 <library.iccwbo.org>; *Julia Guimarães Rossetto/Luís Alberto Salton Peretti*, Breves comentários acerca das novas leis de arbitragem comercial internacional de Argentina e Uruguai, Rev.bras.arb. 62 (2019) S. 80 ff.; *Eduardo Vescovi*, Puesta al día de la legislación uruguaya en materia de arbitraje internacional, in: Libro Homenaje al profesor Eugenio Hernández-Breton, t. II, 2019, S. 1201 ff.

<sup>43</sup> Argentinien: Ley de Arbitraje Comercial Internacional, Gesetz Nr. 27449 v. 25.7.2018, B.O. v. 26.7.2018. Erste Kommentare: *Ramiro Sagrario*, Una aproximación a la Ley de Arbitraje Comercial Internacional, La Ley 2018-E, S. 940 ff.; *Leandro Caputo*, Apuntes sobre la reciente Ley de Arbitraje Comercial Internacional, ebd. S. 989 ff.; Rossetto/Salton Peretti (vorige Fn.). Zur Regelung im Zivilgesetzbuch siehe *Diego P. Fernández Arroyo/Ezequiel H. Vetulli*, The new Argentinian arbitration law: a train in an unknown direction?, Arb.int. 32 (2016) S. 349 ff.

<sup>44</sup> In den vorangehenden Fußnoten sind nur die geltenden Gesetze, soweit sie die internationale Schiedsgerichtsbarkeit umfassen, mit Titel, Nummer und Datum bezeichnet.

<sup>45</sup> *Cristian Conejero Roos*, El impacto de la Ley de CNUDMI sobre arbitraje comercial internacional en América Latina: un análisis comparativo, Rev. Corte Arb. Esp. 19 (2004) S. 255 ff.; weitere Nachweise bei *Samtleben* (oben Fn. 23) S. 161. Zur aktiven Rolle der Interamerikanischen Entwicklungsbank siehe *Paul E. Mason/Mauricio Gomm-Santos*, New Keys to Arbitration in Latin-America, J.Int.Arb. 25 (2008) S. 31, 42.

Schlichtung oder Mediation zusammen. Dazu gehören die Gesetze von Bolivien, Ecuador, Honduras, Nicaragua, Paraguay und El Salvador. Von diesen enthalten nur die Gesetzbücher von Honduras und El Salvador einen eigenen Abschnitt über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit, in den übrigen Gesetzen finden sich dazu nur einzelne Bestimmungen.

Die folgende Darstellung behandelt nur die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit. Die nationale Schiedsgerichtsbarkeit folgt in vielen der hier behandelten Staaten ganz anderen Regeln. Zur Abgrenzung der nationalen von der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit verwenden die Gesetzbücher weitgehend die gleichen Kriterien wie das UNCITRAL-Modellgesetz. Danach ist ein Schiedsverfahren jedenfalls international, wenn die Parteien ihren Geschäftssitz in verschiedenen Staaten haben.<sup>46</sup> Das Gleiche gilt, wenn sich der vereinbarte Schiedsort, der Erfüllungsort einer wesentlichen Verpflichtung oder der Ort, mit dem der Streitgegenstand die engste Verbindung aufweist, außerhalb des Wohnsitzstaates der Parteien befindet.<sup>47</sup> Nach der Rechtsprechung des kolumbianischen Verfassungsgerichtshofs setzt aber die Vereinbarung eines ausländischen Schiedsortes ihrerseits einen Auslandsbezug des Falles voraus.<sup>48</sup> Die Regelung des UNCITRAL-Gesetzes, wonach ein internationales Schiedsverfahren auch vorliegt, wenn die Parteien selbst vereinbart haben, dass der Schiedsgegenstand Beziehungen zu mehr als einem Land aufweist, wurde nur in wenige Gesetze übernommen.<sup>49</sup> Im Gegensatz dazu bestimmt das uruguayische Gesetz, dass der Wille der Parteien nicht ausreicht, um ein internationales Schiedsverfahren zu vereinbaren.<sup>50</sup>

Abweichende Regelungen finden sich vor allem in den karibischen Inselstaaten. So begründet auch in Kuba und der Dominikanischen Republik der Wohnsitz der Parteien in verschiedenen Staaten oder der Erfüllungsort im Ausland die internationale Schiedsgerichtsbarkeit; nach dominikanischem Recht reicht aber ferner der Wohnsitz beider Parteien im Ausland, nach kubanischem Recht sowohl der Vertragsschluss im Ausland wie die verschiedene Staatsangehörigkeit der Parteien.<sup>51</sup> Völlig unabhängig vom UNCITRAL-Text stellt das Gesetz in Haiti nur darauf ab, ob die Interessen des internationalen Handels berührt sind.<sup>52</sup> Vorbild für diese Generalklausel war Art. 1492 des französischen *Nouveau Code de procédure civile*, dessen Übernahme bei den Beratungen zum UNCITRAL-Gesetz diskutiert, aber verworfen worden war.<sup>53</sup> Als zusätzliches Kriterium wurde dagegen diese Voraussetzung auch in das kolumbianische Recht und in ähnlicher Form in die Gesetze von Ecuador und Panama aufgenommen<sup>54</sup>

---

<sup>46</sup> UNCITRAL: Art. 1 III lit. a); Argentinien: Art. 3 lit. a); Chile: Art. 1 III lit. a), Costa Rica: Art. 1 III lit. a); Dom. Republik: Art. 1 II lit. a); Ecuador: Art. 41 lit. a); Guatemala: Art. 2 lit. a); Honduras: Art. 86 Nr. 1; Kolumbien: Art. 62 IV lit. a); Kuba: Art. 10; Mexiko: Art. 1416 Nr. III lit. a); Nicaragua: Art. 22 I; Panama: Art. 2 I; Paraguay: Art. 3 lit. c) Nr. 1; Peru: Art. 5 I lit. a); Uruguay: Art. 1 III lit. a).

<sup>47</sup> UNCITRAL: Art. 1 III lit. b); Argentinien: Art. 3 lit. b); Chile: Art. 1 III lit. b); Costa Rica: Art. 1 III lit. b); Ecuador: Art. 41 lit. b); Guatemala: Art. 2 lit. b); Honduras: Art. 86 Nr. 2 lit. b); Kolumbien: Art. 62 IV lit. b); Mexiko: Art. 1416 Nr. III lit. b); Nicaragua: Art. 22 II; Panama: Art. 2 I Nr. 1-2; Paraguay: Art. 3 lit. c) Nr. 2; Peru: Art. 5 I lit. b) und c); Uruguay: Art. 1 III lit. b).

<sup>48</sup> C.Const., 23.7.1997 (C-347), bei *Marco Gerardo Monroy Cabra*, Arbitraje comercial, nacional e internacional, 2. Aufl., 1998, S. 69 f., 259, zu der gleichlautenden Vorschrift des früheren Gesetzes.

<sup>49</sup> UNCITRAL: Art. 1 III lit. c); Chile: Art. 1 III lit. c); Costa Rica: Art. 1 III lit. c); Guatemala: Art. 2 lit. c); Panama: Art. 2 II; als kumulative Voraussetzung genannt in Ecuador, Art. 41.

<sup>50</sup> Uruguay: Art. 1 IV.

<sup>51</sup> Dom. Republik: Art. 1 II lit. b) und c); Kuba: Art. 10.

<sup>52</sup> Haiti: Art. 971.

<sup>53</sup> Vgl. *Gabriele Hußlein-Stich*, Das UNCITRAL-Modellgesetz über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit, 1990, S. 13.

<sup>54</sup> Kolumbien: Art. 62 IV lit. c); Ecuador: Art. 41 lit. c (Transaktion des internationalen Handels); Panama: Art. 2 II (grenzüberschreitende Leistungen).

Keine Regelung zu diesen Fragen enthalten die Gesetze von Bolivien, Brasilien, El Salvador und Venezuela. Doch dürfte auch in diesen Ländern dem Vorbild des UNCITRAL-Gesetzes besondere Bedeutung zukommen.<sup>55</sup>

## 2. Schiedsvereinbarung

Grundlage des Schiedsverfahrens ist eine gültige Schiedsvereinbarung; maßgebend dafür sind staatsvertragliche und nationale Normen. Der Vorrang der Staatsverträge ist in den meisten hier behandelten Gesetzen ausdrücklich anerkannt.<sup>56</sup> Die Schiedsvereinbarung kann sowohl in Form eines Schiedsvertrages wie als Schiedsklausel vereinbart werden. Beide Formen werden in der UN-Konvention wie in der Panama-Konvention als gleichwertig behandelt; dem folgt das UNCITRAL-Modellgesetz sowie die Mehrzahl der hier behandelten Gesetze.<sup>57</sup> In Guatemala ist sogar ausdrücklich bestimmt, dass Schiedsvertrag und Schiedsklausel die gleichen Wirkungen haben.<sup>58</sup> Der alte Unterschied zwischen „compromis“ und „clause compromissoire“ wirkt aber noch in Bolivien, Brasilien und Haiti nach; hier soll die Schiedsklausel vor Beginn des Schiedsverfahrens grundsätzlich durch einen gesonderten Schiedsvertrag bestätigt werden.<sup>59</sup>

Für die formelle Gültigkeit der Schiedsvereinbarung gilt im internationalen Rechtsverkehr die UN-Konvention, im Verkehr zwischen den meisten lateinamerikanischen Staaten die Panama-Konvention. Nach Art. II der UN-Konvention ist eine Schiedsvereinbarung formell wirksam, wenn sie in einem von den Parteien unterzeichneten Dokument oder Vertrag oder in zwischen ihnen gewechselten Briefen oder Telegrammen enthalten ist; in Art. 1 der Panama-Konvention wird daneben noch die Kommunikation per Telex genannt. Modernere Formen der Nachrichtenübermittlung werden durch Art. 7 II des UNCITRAL-Modellgesetzes von 1985 erfasst, wenn sie „einen Nachweis der Vereinbarung erlauben“. Ausreichend ist danach auch die Verweisung auf ein anderes Schriftstück, das die Schiedsklausel enthält, was die Frage nach der Einbeziehung von AGB aufwirft.<sup>60</sup> In dieser Form wurde die Vorschrift in mehrere der hier behandelten Gesetze übernommen.<sup>61</sup> Nach anderen Gesetzen muss die Schiedsvereinbarung selbst aus einer schriftlichen Urkunde oder einem Schriftwechsel hervorgehen.<sup>62</sup> Besonders in Brasilien wird dafür die Unterschrift der Parteien, bei einer in AGB enthaltenen Schiedsklausel deren gesonderte Unterzeichnung verlangt.<sup>63</sup> Nach der Neufassung des

---

<sup>55</sup> Siehe etwa in Brasilien *Francisco José Cabali*, *Curso de arbitragem*, 2. Aufl. 2014, S. 407 ff.; in Venezuela: *Tatiana B. de Maekelt*, *Arbitraje comercial en el sistema venezolano*, in: *Libro homenaje a Gonzalo Parra-Aranguren*, vol. II, 2001, S. 495 (496 f.).

<sup>56</sup> Siehe UNCITRAL: Art. 1 I; Argentinien: Art. 1; Chile: Art. 1 I; Costa Rica: Art. 1 I; Dom. Republik: Art. 1 I; Ecuador: Art. 42 I; Guatemala: Art. 1 I; Honduras: Art. 84; Kolumbien: Art. 62 I; Mexiko: Art. 1415 I; Nicaragua: Art. 21 I; Panama: Art. 1 I; Paraguay: Art. 1 I; Peru: Art. 1 I; El Salvador: Art. 1 I, 21, 75-76; Uruguay: Art. 1 I; Venezuela: Art. 1. In einigen Staaten ist die Frage nur im Zusammenhang mit der Anerkennung ausländischer Schiedssprüche geregelt, siehe unten Fn. 102 und 104.

<sup>57</sup> UNCITRAL: Art. 7 I; Argentinien: Art. 14; Chile: Art. 7 I; Costa Rica: Art. 7 I; Dom. Republik: Art. 10 I; Ecuador: Art. 5 I; Honduras: Art. 38; Kolumbien: Art. 69 I; Kuba: Art. 12; Mexiko: Art. 1416 Nr. I; Nicaragua: Art. 27 I; Panama: Art. 15; Paraguay: Art. 3 lit. a); Peru: Art. 13 II; El Salvador: Art. 29 II; Uruguay: Art. 7 I; Venezuela: Art. 5 I.

<sup>58</sup> Guatemala: Art. 10 I.

<sup>59</sup> Bolivien: Art. 42-43; Brasilien: Art. 4, 9; Haiti: Art. 957-958; vgl. aber zur Rechtslage und Praxis in Brasilien ausführlich *Jan Kleinbeisterkamp*, *Arbitration in Latin America*, 2005, S. 113, 116 ff. und *Mason/Gomm-Santos* (oben Fn. 45) S. 45 ff. Für Kolumbien siehe noch *Gil Echeverry* (oben Fn. 39) Bd. 1, S. 311 ff.

<sup>60</sup> Diese Frage überlässt das UNCITRAL-Modellgesetz dem jeweils anwendbaren nationalen Recht, siehe *Hußlein-Stich* (Fn. 53) S. 41 ff. m.w.Nachw. Zur autonomen Regelung des UN-Übereinkommens *Albert Jan van den Berg*, *The New York Arbitration Convention of 1958, 1981* (reprint 1994), S. 208 ff.

<sup>61</sup> Chile: Art. 7 II; Ecuador: Art. 6; Guatemala: Art. 10 I; Honduras: Art. 38; Peru: Art. 13 VI; Mexiko: Art. 1423; Nicaragua: Art. 27 II.; El Salvador: Art. 29 III.

<sup>62</sup> Brasilien: Art. 4 § 1; Haiti: Art. 957-1; Venezuela: Art. 6 I (siehe aber Fn. 64).

UNCITRAL-Modellgesetzes von 2006 kann die Schiedsvereinbarung dagegen auch auf elektronischem Wege getroffen oder auf andere Weise nachgewiesen werden; dem folgen die neueren lateinamerikanischen Schiedsgesetze.<sup>64</sup> Diese Bestimmungen sind gegebenenfalls zur Ergänzung der internationalen Übereinkommen heranzuziehen.<sup>65</sup>

Haben die Parteien eine wirksame Schiedsvereinbarung getroffen, so begründet dies nach der UN-Konvention eine Einrede gegenüber der Klage vor dem staatlichen Gericht. Die Panama-Konvention hat dagegen diese Frage den Vertragsstaaten überlassen.<sup>66</sup> In den meisten Rechten der hier behandelten Staaten ist ebenso wie im UNCITRAL-Modellgesetz ausdrücklich bestimmt, dass der staatliche Richter bei Vorliegen einer gültigen Schiedsvereinbarung die rechtzeitig erhobene Schiedseinrede beachten muss.<sup>67</sup> Wie in Brasilien war auch in Venezuela eine solche Einrede früher ausgeschlossen, was z.T. noch in der neueren Rechtsprechung nachwirkte. Dagegen bestimmt das venezolanische Gesetz über die Handelsschiedsgerichtsbarkeit, dass die Schiedsvereinbarung zum Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit führt; entgegen dem Wortlaut tritt dieser Ausschluss aber nicht automatisch, sondern nur auf förmliche Einrede des Beklagten ein.<sup>68</sup> Die Zulässigkeit einer solchen Einrede wurde jedoch in mehreren Entscheidungen davon abhängig gemacht, dass in der Schiedsklausel ausdrücklich jeder andere Rechtsweg ausgeschlossen war.<sup>69</sup>

### 3. Schiedsgericht und Schiedsverfahren

Die Schiedsvereinbarung berechtigt jeden der Beteiligten dazu, im Streitfall die Einsetzung eines Schiedsgerichts zu verlangen. Je nach dem Inhalt der Vereinbarung ist dies entweder ein institutionelles oder ein ad-hoc-Schiedsgericht. Die gesetzlichen Regeln über die Bildung des Schiedsgerichts und das schiedsgerichtliche Verfahren betreffen nur (internationale) Schiedsverfahren im Inland.<sup>70</sup> Für den Fall, dass das Schiedsgericht wegen fehlender Mitwirkung einer Partei oder aus anderen Gründen nicht in der vorgesehenen Weise gebildet werden kann, können die erforderlichen Maßnahmen zur Einsetzung des Schiedsgerichts gegebenenfalls von dem jeweiligen Schiedszentrum

---

<sup>63</sup> Art. 4 § 2. Siehe dazu *Jürgen Samtleben*, Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche in Deutschland und Brasilien, *ZZPInt* 16 (2011) S. 425, 442 f. Die gesonderte Bestätigung von Schiedsklauseln in AGB wird auch in Venezuela verlangt, Art. 6 II; vgl. dazu aus der Rechtsprechung T.S.J. 2.7.2003, *Jur.Ven.* 201, S. 459; für internationale Fälle 1.7.2003, ebd. S. 451; 14.4.2004, *JurTSJ* 5 (2004) Nr. 5, S. 399. Ausdrücklich ist die Einbeziehung von Schiedsklauseln in AGB in El Salvador, Art. 26, geregelt; die AGB-Regelung in Peru, Art. 15, betrifft nur nationale Schiedsverfahren.

<sup>64</sup> UNCITRAL: Art. 7 III-IV; Argentinien: Art. 15-16; Bolivien: Art. 43 II; Costa Rica: Art. 7 III-IV; Dom. Republik: Art. 10 II; Kolumbien: Art. 69 II lit. a) und b); Panama: Art. 16 I-II; Peru: Art. 13 III-IV; Uruguay: Art. 7 III. So auch in Venezuela *Tatiana B. de Maekeli/Claudia Madrid Martínez*, *Al rescate del arbitraje en Venezuela*; in: *El derecho privado y procesal en Venezuela*, 2003, S. 719, 733 f. unter Bezug auf das Dekret-Gesetz Nr. 1024 über Datenverkehr und elektronische Unterschriften, G.O. 28.2.2001.

<sup>65</sup> In Argentinien bestimmt Art. 106 ausdrücklich, dass die Regelung in Art. II der UN-Konvention nicht als abschließend anzusehen ist.

<sup>66</sup> Vgl. *Samtleben* (oben Fn. 4) S. 268.

<sup>67</sup> UNCITRAL: Art. 8 I; Argentinien: Art. 19; Bolivien: Art. 45; Brasilien: Art. 41; Chile: Art. 8 I, Costa Rica: Art. 8 I; Dom. Republik: Art. 12 I-II; Ecuador: Art. 7 II (idF von 2005); Guatemala: Art. 11 I; Haiti: Art. 959-7; Honduras: Art. 4; Kolumbien: Art. 70; Kuba: Art. 15; Mexiko: Art. 1424 I; Nicaragua: Art. 28; Panama: Art. 17 III-IV; Paraguay: Art. 11 I; Peru: Art. 16 I-IV; El Salvador: Art. 31; Uruguay: Art. 8 I; Venezuela: Art. 5 II.

<sup>68</sup> Nähere Nachweise zur Entwicklung in Venezuela bei *Samtleben* (oben Fn. 23) S. 166.

<sup>69</sup> T.S.J. 15.5.2001, *Jur.Ven.* 176, S. 504; 10.10.2001, ebd. 181, S.391 (397); 25.3.2003, ebd. 197, S. 389 (396); kritisch dazu *de Maekeli/Madrid M.* (oben Fn. 64) S. 739 f. Anders dagegen T.S.J. 21.5.2009, *YB Comm.Arb.* 34 (2009) S. 1198.

<sup>70</sup> UNCITRAL: Art. 1 II; Argentinien: Art. 2; Bolivien: Art. 2; Chile: Art. 1 II; Costa Rica: Art. 1 II; Dom. Republik: Art. 1 I; Guatemala: Art. 1 I; Kolumbien: Art. 62 II; Kuba: Art. 9, 31; Mexiko: Art. 1415 II; Nicaragua: Art. 21 I; Panama: Art. 1 I; Paraguay: Art. 1 II; Peru: Art. 1 I; Uruguay: Art. 1 II;



vorgenommen,<sup>71</sup> andernfalls beim staatlichen Gericht beantragt werden.<sup>72</sup> In Peru ist stattdessen die Benennung der Schiedsrichter durch die örtlich zuständige Handelskammer vorgesehen.<sup>73</sup> Die Anrufung der staatlichen Gerichte kann auch vermieden werden, wenn das vereinbarte Schiedsreglement einen einfacheren Weg zur Einsetzung des Schiedsgerichts bietet.<sup>74</sup> Wenn die Parteien nichts anderes vereinbart haben, besteht das Schiedsgericht zumeist aus drei Schiedsrichtern;<sup>75</sup> nach einigen Gesetzen entscheidet in diesem Fall ein Einzelschiedsrichter.<sup>76</sup> Die Nationalität der Schiedsrichter bildet grundsätzlich kein Hindernis für ihre Berufung<sup>77</sup> – eine vor allem in Kolumbien unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten viel diskutierte Frage.<sup>78</sup>

Das Schiedsgericht entscheidet selbst über seine Zuständigkeit.<sup>79</sup> Dabei ist die Gültigkeit der Schiedsvereinbarung unabhängig von dem zugrundeliegenden Hauptvertrag zu beurteilen.<sup>80</sup> Diese Kompetenz-Kompetenz schließt aber eine gerichtliche Nachprüfung nicht aus. Die Entscheidung des Schiedsgerichts über seine Zuständigkeit kann in vielen Rechten gerichtlich angefochten und jedenfalls eine Aufhebungs- oder Nichtigkeitsklage beim staatlichen Gericht auf die Ungültigkeit der Schiedsvereinbarung gestützt werden.<sup>81</sup> Soweit die Gesetze darüber nähere Bestimmungen enthalten, wird die

---

<sup>71</sup> Bolivien: Art. 64 II; Brasilien: Art. 5; Dom. Republik: Art. 15 III lit. a); Ecuador: Art. 16 VIII; Haiti: Art. 959-4; Honduras: Art. 45; Kolumbien: Art. 72; Kuba: Art. 16; Panama: Art. 22 II Nr. 1; Peru: Art. 22 V; El Salvador: Art. 37 III; Venezuela: Art. 12.

<sup>72</sup> UNCITRAL: Art. 11 III-IV; Argentinien: Art. 25; Bolivien: Art. 64 III; Brasilien: Art. 7; Chile: Art. 11 III-IV; Costa Rica: Art. 11 III-IV; Dom. Republik: Art. 15 III lit. b); Guatemala: Art. 15 II-III; Haiti: Art. 957-3; Kolumbien: Art. 73 Nr. 5-6; Mexiko: Art. 1427 Nr. IV; Nicaragua: Art. 33 III; Panama: Art. 22 IV; Paraguay: Art. 13 lit. d); El Salvador: Art. 37 V; Uruguay: Art. 11 III-IV; Venezuela: Art. 17 III-IV.

<sup>73</sup> Peru: Art. 23 lit. e) und 25.

<sup>74</sup> Vgl. dazu einen instruktiven Fall aus Kolumbien mit Beteiligung deutscher und spanischer Unternehmen bei *Clara Lucia Uribe-Bernate*, La práctica del arbitraje internacional en Colombia, in: Kleinheisterkamp/Lorenzo, *Avances* (oben Fn. 7) S. 701, 706 ff., wo der jahrelange Streit vor den kolumbianischen Gerichten letztlich durch die Anwendung des UNCITRAL-Reglements umgangen wurde.

<sup>75</sup> UNCITRAL: Art. 10 II; Bolivien: Art. 61 II; Chile: Art. 10 II; Ecuador: Art. 17; Guatemala: Art. 13 II; Honduras: Art. 42; Nicaragua: Art. 31; Paraguay: Art. 12; Peru: Art. 19; El Salvador: Art. 34; Uruguay: Art. 10 II; Venezuela: Art. 16.

<sup>76</sup> So in Costa Rica: Art. 10 II; Dom. Republik: Art. 14 I; Mexiko: Art. 1426; Panama: Art. 19 I; In den übrigen Ländern ist die Frage nicht geregelt.

<sup>77</sup> UNCITRAL: Art. 11 I; Panama-Konvention: Art. 2 II; Argentinien: Art. 23; Bolivien: Art. 64 III; Brasilien: Art. 13; Chile: Art. 11 I; Costa Rica: Art. 11 I; Ecuador: arg. Art. 19; Guatemala: Art. 14 II; Haiti: Art. 959 I; Honduras: Art. 43 I; Kolumbien: Art. 73 Nr. 1; Mexiko: Art. 1427 Nr. I; Nicaragua: Art. 33 I; Panama: Art. 20 Nr. 1; Paraguay: Art. 13 lit. a); Peru: Art. 20; Uruguay: Art. 11 I. Das Fehlen einer ausdrücklichen Regelung in Venezuela kritisiert *de Maekelt* (oben Fn. 55) S. 509.

<sup>78</sup> Näher dazu *Samtleben* (oben Fn. 23) S. 169 Fn. 157.

<sup>79</sup> UNCITRAL: Art. 16 I 1; Argentinien: Art. 35 I; Bolivien: Art. 80 II; Brasilien: Art. 8 § 1; Chile: Art. 16 I 1; Costa Rica: Art. 16 I 1; Dom. Republik: Art. 20 I; Ecuador: Art. 22 I; Guatemala: Art. 21 I 1; Honduras: Art. 60; Kolumbien: Art. 79 I; Kuba: Art. 13 I; Mexiko: Art. 1432 I 1; Nicaragua: Art. 42 I 1; Panama: Art. 30 S. 1; Paraguay: Art. 19 I 1; Peru: Art. 41 I; El Salvador: Art. 51 I; Uruguay: Art. 16 I 1; Venezuela: Art. 7 S. 1, 25 I.

<sup>80</sup> UNCITRAL: Art. 16 I 2-3; Argentinien: Art. 35 II-III; Bolivien: Art. 44; Brasilien: Art. 8 caput; Chile: Art. 16 I 2-3; Costa Rica: Art. 16 I 2-3; Dom. Republik: Art. 11; Guatemala: Art. 21 I 2-3; Haiti: Art. 957-2; Honduras: Art. 39; Kolumbien: Art. 79 II; Kuba: Art. 13 II; Mexiko: Art. 1432 I 2-3; Nicaragua: Art. 41 2-3; Panama: Art. 30 S. 2-3; Paraguay: Art. 19 I 2-3; Peru: Art. 41 II; El Salvador: Art. 30; Uruguay: Art. 16 I 2-3; Venezuela: Art. 7 S. 2-3. In der Dom.Republik und Honduras gilt eine Ausnahme für gerichtlich annullierte Verträge.

<sup>81</sup> UNCITRAL: Art. 16 III, 34 II lit. a) Nr. i); Argentinien: Art. 37 II, 99 lit. a) Nr. I; Bolivien: Art. 112 Nr. 3 lit. a); Brasilien: Art. 20 § 2, 33 § 2 Nr. I; Chile: Art. 16 III, 34 II lit. a) Nr. i); Costa Rica: Art. 16 III, 34 II lit. a) Nr. i); Dom. Republik: Art. 20 III, 39 II lit. a); Guatemala: Art. 21 III, 43 II lit. a); Haiti: Art. 967-1 II Nr. 1, 978 I; Honduras: Art. 74 Nr. 1; Kolumbien: Art. 79 V, 108 Nr. 1 lit. a); Kuba: Art. 41 (mit Art. 825 lit. a LeyProcCivAdmLabEcon idF von 2006); Mexiko: Art. 1432 III, 1457 Nr. I lit. a); Nicaragua: Art. 42 III, 61 II Nr. 1 lit. a); Panama: Art. 32 II, 67 Nr. 1; Paraguay: Art. 19 III, 40 II lit. a) Nr. 1; Peru: Art. 41 IV, 63 I lit. a); El Salvador: Art. 68 Nr. 1; Uruguay: Art. 16 III, 39 II lit. a Nr. i). In Brasilien

Gültigkeit der Schiedsvereinbarung nach dem Recht, dem die Parteien sie unterstellt haben, andernfalls nach der *lex fori* überprüft.<sup>82</sup> Auch wo ausdrückliche Regeln über die gerichtliche Nachprüfung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts fehlen, wird dies eher als redaktionelle Nachlässigkeit und nicht als ausschließliche Zuweisung der Kompetenz-Kompetenz an das Schiedsgericht verstanden.<sup>83</sup>

In der Sache entscheidet das Schiedsgericht grundsätzlich nach Rechtsgrundsätzen; eine Entscheidung nach Billigkeit ist ihm nach den meisten Schiedsgesetzen nur gestattet, wenn die Parteien dies ausdrücklich vereinbart haben.<sup>84</sup> Maßgebend ist nach dem UNCITRAL-Modell folgenden Gesetzen das von den Parteien gewählte Recht,<sup>85</sup> und zwar auch in den Ländern, die sonst die Parteiautonomie nicht anerkennen.<sup>86</sup> Einschränkungen erfährt dieser Grundsatz für bestimmte Materien aber durch Spezialgesetze. Bei fehlender Rechtswahl entscheidet das Schiedsgericht selbst über das anwendbare Kollisionsrecht<sup>87</sup> oder unmittelbar über das anwendbare Recht.<sup>88</sup> Das gilt wohl auch dort, wo das Gesetz die Schiedsrichter nur allgemein auf das Recht verpflichtet.<sup>89</sup>

#### 4. Schiedsspruch und Rechtsbehelfe

Mit dem Schiedsspruch endet das Schiedsverfahren.<sup>90</sup> Innerhalb einer gesetzlich festgelegten oder von den Parteien vereinbarten Frist kann jede Partei eine Berichtigung, Auslegung oder Ergänzung des Schiedsspruchs verlangen.<sup>91</sup> Eine zweite Schiedsinstanz

---

stellt Art. 32 Nr. 1 nur auf die Nichtigkeit des Schiedsvertrages ab, gemeint ist aber die Schiedsvereinbarung, *Cabali* (oben Fn. 55) S. 355 f.; siehe auch die Nachweise bei *Samtleben* (oben Fn. 26) S. 34 Fn. 25.

<sup>82</sup> Siehe die in der vorigen Fn. genannten Bestimmungen; in Brasilien, Honduras, El Salvador und Venezuela ergibt sich das aus der Regelung über die Anerkennung ausländischer Schiedssprüche, Art. 49 lit. g; vgl. *de Maekelt* (oben Fn. 55) S. 508. In Bolivien verweist Art. 112 I Nr. 3 lit. a) allgemein auf das Zivilrecht; ergänzend auf das Vertragsstatut verweisen in der Dom. Republik Art. 10 V, in Peru Art. 13 VII. Keine Regelung über das Statut der Schiedsvereinbarung enthalten die Rechte von Haiti und Kuba.

<sup>83</sup> Für Ecuador kritisieren das Fehlen einer ausdrücklichen Regelung *Ziry/Gonzalez Hidalgo* (oben Fn. 27) S. 121. In Venezuela ist Art. 44 über die Nichtigkeitsklage redaktionell missglückt, vgl. *de Maekelt* (oben Fn. 55) S. 507, die Gültigkeit der Schiedsvereinbarung wird aber im Anerkennungsverfahren überprüft, Art. 49 lit. g, und unterliegt auch sonst gerichtlicher Kontrolle, *Hernando Díaz-Candia*, Non-recognition of Kompetenz-Kompetenz in Developing Countries, *The Venezuelan Example*, *J.Int.Arb.* 24 (2007) S. 25 ff.

<sup>84</sup> UNCITRAL: Art. 28 III; Argentinien: Art. 81; Bolivien: Art. 40 IV; Chile: Art. 28 III; Costa Rica: Art. 28 III; Dom. Republik: Art. 33 I; Guatemala: Art. 37 III; Haiti: Art. 963; Honduras: Art. 66 II; Kolumbien: Art. 101 III; Mexiko: Art. 1445 III; Nicaragua: Art. 54 III; Panama: Art. 56 Nr. 3; Paraguay: Art. 32 III; Peru: Art. 57 III; Uruguay: Art. 28 III; Venezuela: Art. 8 I 3. Anders in Ecuador, Art. 3 I-II, und El Salvador, Art. 59 II (im Zweifel Entscheidung nach Billigkeit). Das kubanische Recht sieht eine Entscheidung nach Billigkeit nicht vor, das brasilianische Recht überlässt in Art. 2 die Frage den Parteien.

<sup>85</sup> UNCITRAL: Art. 28 I; Argentinien: Art. 79; Brasilien: Art. 2 § 1; Chile: Art. 28 I; Costa Rica: Art. 28 I; Dom. Republik: Art. 33 II; Guatemala: Art. 36 I 1; Honduras: Art. 88; Kolumbien: Art. 101 I; Kuba: Art. 29; Mexiko: Art. 1445 I; Nicaragua: Art. 54 I; Panama: Art. 56 Nr. 1; Paraguay: Art. 32 I; Peru: Art. 57 II 1-2; El Salvador: Art. 78; Uruguay: Art. 28 I. In Venezuela folgt dies aus Art. 29 IPR-Gesetz 1998.

<sup>86</sup> So insbesondere Brasilien und Uruguay.

<sup>87</sup> UNCITRAL: Art. 28 II; Chile: Art. 28 II; Costa Rica: Art. 28 II; Paraguay: Art. 32 II; das kubanische Schiedsgericht wendet nach Art. 30 das kubanische IPR an.

<sup>88</sup> So in Argentinien: Art. 80; Dom. Republik: Art. 33 III; Guatemala: Art. 36 I 3; Kolumbien: Art. 101 II; Mexiko: Art. 1445 II; Nicaragua: Art. 54 II; Panama: Art. 56 Nr. 1; Peru: Art. 57 II 3; Uruguay: Art. 28 II. Eine Auffangregelung fehlt in Brasilien, Honduras und El Salvador; in Venezuela wird die Anwendung der *lex mercatoria* und der UNIDROIT-Prinzipien empfohlen, *de Maekelt* (oben Fn. 55) S. 510 f.

<sup>89</sup> Bolivien: Art. 40 I; Ecuador: Art. 3 III; Haiti: Art. 963.

<sup>90</sup> Eine Frist für den Erlass des Schiedsspruchs ist nur in wenigen Gesetzen ausdrücklich vorgesehen, so in Bolivien, Art. 104; Brasilien: Art. 23; Ecuador, Art. 25; Haiti: Art. 959-5; El Salvador, Art. 49, in anderen Gesetzen der Parteivereinbarung überlassen: Panama: Art. 55 I; Peru: Art. 53. Die Überschreitung der Frist führt in El Salvador zum Erlöschen der Schiedsvereinbarung und zur Nichtigkeit des Schiedsspruchs, Art. 68 Nr. 5; für Brasilien siehe *Kleinheisterkamp* (oben Fn. 59) S. 358 f.

<sup>91</sup> UNCITRAL: Art. 33; Argentinien: Art. 93; Bolivien: Art. 107; Brasilien: Art. 30; Chile: Art. 33; Costa Rica: Art. 33; Dom. Republik: Art. 38; Ecuador: Art. 30; Guatemala: Art. 42; Haiti: Art. 963-1; Honduras:

ist in keinem der beteiligten Rechte vorgesehen<sup>92</sup>. Als einziges Rechtsmittel gegen den Schiedsspruch ist in allen Schiedsgesetzen die Nichtigkeits- oder Aufhebungsklage gegeben; die Gründe dafür entsprechen im Wesentlichen dem Vorbild des UNCITRAL-Modellgesetzes.<sup>93</sup> Über die Klage entscheidet das im jeweiligen nationalen Gesetz bezeichnete staatliche Gericht.<sup>94</sup> Ein Rechtsmittel gegen dessen Entscheidung ist in einigen Gesetzen ausdrücklich ausgeschlossen; in den übrigen Staaten richtet sich die Zulässigkeit weiterer Rechtsmittel nach dem nationalen Prozessrecht.<sup>95</sup> In den Ländern, die das amparo-Verfahren kennen, stellt sich die Frage, ob es zum Schutz in der Verfassung verbürgter Rechte auch gegenüber Schiedssprüchen angewendet werden kann. Dies wird in der Praxis grundsätzlich verneint, in Ausnahmefällen aber zugelassen.<sup>96</sup>

### 5. Anerkennung und Vollstreckung<sup>97</sup>

Schiedssprüche sollen in der Regel freiwillig erfüllt werden; diese Erwartung wird in einigen Gesetzen ausdrücklich zum Ausdruck gebracht.<sup>98</sup> Möglich ist auch, dass die Parteien die Schiedsrichter oder die betreffende Schiedsinstitution mit der Durchführung des Schiedsspruchs beauftragen.<sup>99</sup> Andernfalls muss die Hilfe der staatlichen Gerichte in Anspruch genommen werden. Für Schiedssprüche aus einem internationalen Schiedsverfahren sieht das UNCITRAL-Modellgesetz einheitliche Regeln der Anerkennung und Vollstreckung vor, unabhängig davon, in welchem Land der Schiedsspruch erlassen wurde.<sup>100</sup> Dagegen betreffen die internationalen Schiedsübereinkommen nur die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (oben I 1-2); für im Inland ergangene Schiedssprüche aus internationalen Schiedsverfahren gelten danach die nationalen Verfahrensvorschriften. Diese unterschiedlichen Konzeptionen spiegeln sich auch in den hier behandelten nationalen Gesetzen.

In den Ländern, die dem UNCITRAL-Modellgesetz folgen, sind Schiedssprüche aus internationalen Verfahren als bindend anzuerkennen und auf Antrag vom staatlichen

---

Art. 70; Kolumbien: Art. 106; Kuba: Art. 38 II-III; Mexiko: Art. 1450-1451; Nicaragua: Art. 60; Panama: Art. 62; Paraguay: Art. 38-39; Peru: Art. 58; El Salvador: Art. 64; Uruguay: Art. 33; Venezuela: Art. 32.

<sup>92</sup> Siehe aber unten Fn. 94. Möglich ist in Haiti Berufung zum Appellationsgericht, Art. 966-1, 967, 969.

<sup>93</sup> UNCITRAL: Art. 34 II; für die nationalen Gesetze siehe die Bestimmungen oben Fn. 81. Nach dominikanischem Recht können die Parteien im Voraus auf die Nichtigkeitsklage verzichten, Art. 40 I; anders in Kuba Art. 41 S. 2.

<sup>94</sup> Die Entscheidung durch ein Schiedsgericht gestattet in Honduras Art. 73 II 3 und III.

<sup>95</sup> Unzulässig in Bolivien: Art. 115; Guatemala: Art. 44 IV; Kolumbien: Art. 109 Nr. 5; Kuba: Art. 828 II LeyProcCiv AdmLabEcon idF von 2006 (im Fall der Nichtigklärung des Schiedsspruchs); Mexiko: Art. 1460 II; Panama: Art. 68 Nr.7; Paraguay: Art. 42 VI; El Salvador: Art. 70 III. Das dominikanische Recht gestattet ausdrücklich die Kassationsbeschwerde, Art. 40 IV; ebenso Haiti, Art. 969 II, und Peru, Art. 64 V (nur im Fall der Nichtigklärung des Schiedsspruchs). Nach der Rechtsprechung in Ecuador und Venezuela ist diese dagegen ausgeschlossen, vgl. bei *Samtleben* (oben Fn. 23) S. 170 Fn. 178.

<sup>96</sup> Siehe die Nachweise bei *Samtleben* (oben Fn. 23) S. 170 Fn. 179. Die Frage ist insbesondere in Peru heftig umstritten; grundlegend Trib.Const. 21.9.2011, Exp. 00142-2011-PA/TC; dazu und zu weiteren Entscheidungen des Verfassungsgerichts die Beiträge in Rev.jur.Perú 91 (2008) S. 50-53, 105 (2009) S. 13-56, 127 (2011) S. 292-309, 128 (2011) S. 13-55, 131 (2011) S. 64-73, 146 (2013) S. 59-69; Actualidad jurídica 242 (2014) S. 173 f., 243 (2014) S. 119-124, 249 (2014) S. 186 f.; 256 (2015) S. 13-62, 257 (2015) S. 167-177; Gac.Civ.Proc.Civ. 25 (2015) S. 227-246. Zur Rechtsprechung des bolivianischen Verfassungsgerichts siehe *Horacio Andalu¿ Vegacenteno*, Rev.Bol.Der. 19 (2015) S. 90 ff.; für Venezuela unten Fn. 107.

<sup>97</sup> Ausführlich dazu Omar García-Bolívar/Hernando Otero (Hrsg.), Recognition and Enforcement of International Arbitration Awards in Latin America: Law, Practice and Leading Cases, 2015.

<sup>98</sup> Ecuador: Art. 32 I; Venezuela: Art. 31. Bei nationalen Schiedssprüchen wurde früher in Peru die Nichterfüllung in Zeitungsanzeigen öffentlich bekanntgemacht, vgl. bei *Samtleben* (oben Fn. 23) S. 170 Fn. 187.

<sup>99</sup> Peru: Art. 67; vgl. für Kolumbien schon C.S. 29.5.1978, Ley 30 (1978) S. 23 (29), und 2.2.1999, G.J. 2497, S. 843 (846); ablehnend in Venezuela T.S.J. 24.1.2002, Jur.Ven. 185, S. 487.

<sup>100</sup> Artt. 35-36; siehe dazu *Hußlein-Stich* (Fn. 53), S. 190 f.

Gericht zu vollstrecken, unabhängig davon, ob sie im Inland oder Ausland ergangen sind. In diesem Verfahren können dann grundsätzlich die gleichen Aufhebungs- oder Nichtigkeitsgründe geltend gemacht werden, die auch eine entsprechende Klage rechtfertigen.<sup>101</sup> Andere Gesetze enthalten dagegen lediglich Bestimmungen über die Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche, die den internationalen Verträgen nachgebildet sind und z.T. ausdrücklich auf diese verweisen, während für inländische Schiedssprüche stets die nationalen Normen gelten.<sup>102</sup> In einigen Ländern wird den Schiedssprüchen aus internationalen Verfahren eine Vollstreckungswirkung zuerkannt, ohne dass in diesem Verfahren noch ihre Nichtigkeit geltend gemacht werden kann. Hier ist davon auszugehen, dass diese Bestimmungen nur die im Inland ergangenen Schiedssprüche erfassen sollen, während für ausländische Schiedssprüche die internationalen Verträge gelten.<sup>103</sup> Einige Gesetze verbinden beide Konzeptionen, indem sie für ausländische Schiedssprüche auf die internationalen Verträge verweisen und danach für alle internationalen Schiedssprüche die UNCITRAL-Regelung übernehmen.<sup>104</sup> In manchen Gesetzen findet sich auch eine Regelung, wonach auf ausländische Schiedssprüche diejenige Konvention anzuwenden ist, die für die Anerkennung am günstigsten ist.<sup>105</sup> Auf der anderen Seite wurden trotz des Vorrangs der Staatsverträge in der Praxis ausländische Schiedssprüche auch am inländischen Recht gemessen.<sup>106</sup> In Venezuela wurden sogar amparo-Klagen gegen ausländische Schiedssprüche für zulässig angesehen.<sup>107</sup>

#### IV. Schlussbetrachtungen

Die Schiedsgerichtsbarkeit in Lateinamerika ist in den letzten drei Jahrzehnten in Bewegung geraten.<sup>108</sup> In diesem Beitrag konnten wegen der Begrenzung des Umfangs nur einige Grundfragen angesprochen werden. Dabei ist deutlich geworden, wie der Standard des UNCITRAL-Modellgesetzes sich in den neuen Kodifikationen spiegelt. Nicht behandelt wurde der Ablauf des Verfahrens, der weitgehend der Parteivereinbarung untersteht. Ausgespart bleiben mussten auch der Erlass einstweiliger Maßnahmen sowie die Schiedsverfahren mit Beteiligung staatlicher Stellen – beides Themen, die in den vorliegenden Gesetzen eine sehr unterschiedliche Behandlung erfahren haben. Mehrere Gesetze enthalten eine Regelung der Schiedszentren und der von ihnen betreuten Verfahren, was die Frage nach ihrer praktischen Bedeutung aufwirft. In den letzten Jahrzehnten sind auch mehrere umfassende Werke erschienen, welche die Schiedsgerichtsbarkeit in den lateinamerikanischen Staaten behandeln.<sup>109</sup> Durch den

<sup>101</sup> Argentinien: Art. 102-105; Chile: Art. 35-36; Costa Rica: Art. 35-36; Guatemala: Art. 46-47; Kolumbien: Art. 111-112; Mexiko: Art. 1461-1463; Nicaragua: Art. 62-63; Paraguay: Art. 45-46; Uruguay: Art. 40-41; Venezuela: Art. 48-49.

<sup>102</sup> Bolivien: Art. 117 ff., 120 ff.; Brasilien: Art. 31 (mit Art. 515 Nr. VII CPC 2015), 34 ff.; Dom. Republik: Art. 41 ff.; Haiti: Art. 963-3, 975 ff.; Honduras: Art. 78, 89 ff.; Panama: Art. 70 I-II; Peru: Art. 68, 74 ff.; El Salvador: Art. 72, 79 ff.

<sup>103</sup> Ecuador: Art. 42 I, V; siehe die Nachweise bei *Samtleben* (Fn. 23) S. 171 Fn. 198 und jetzt Art. 103 COrgGenProc 2016. Ebenso Kuba: Art. 40 (mit Art. 820, 824 LeyProcCivAdmLabEcon idF von 2006).

<sup>104</sup> Guatemala: Art. 45; 46-47; Paraguay: Art. 44, 45-46.

<sup>105</sup> Bolivien: Art. 121 II; Guatemala: Art. 45 II; Panama: Art. 70 I 2; Paraguay: Art. 44; Peru: Art. 74 II.

<sup>106</sup> Siehe die Beispiele aus der Praxis in Ecuador und Kolumbien bei *Samtleben* (oben Fn. 23) S. 172.

<sup>107</sup> T.S.J. 16.10.2001, Jur.Ven. 201, S. 229 (ICC-Schiedsspruch); 19.11.2004, JurTSJ 5 (2004) Nr. 11, S. 325 (Schiedsspruch der AAA); dazu *Alfredo D. Jesús O.*, J.Int.Arb. 24 (2007) S. 69, 74 ff.

<sup>108</sup> Das zeigt sich auch an der zunehmenden Beteiligung lateinamerikanischer Parteien an internationalen Schiedsverfahren; siehe die Statistik in ICC-DispResBull 2018 Nr. 2 <library.iccwbo.org>.

<sup>109</sup> International Commercial Arbitration in Latin America, ICC-Bull. 7 (1996) Spec.Supp.; Nigel Blackaby/David Lindsey/Alessandro Spinillo (Hrsg.), International Arbitration in Latin America, 2002; Juan Enrique Vargas Viancos/Francisco Javier Gorjón Gómez (Hrsg.), Arbitraje y mediación en las Américas, 2006; *José Carlos Fernández Rozas*, Tratado del arbitraje comercial en América Latina, 2008; Adriana Zapata de Arbeláez/Silvia Barona Vilar/Carlos Esplugues Mota (Hrsg.), El arbitraje interno e internacional en

Erlass neuer Kodifikationen sind diese Traktate schon wieder in großen Teilen überholt, was die Dynamik dieser Materie belegt.<sup>110</sup>

In der Praxis stellt sich vor allem die Frage, inwieweit der traditionelle Widerstand der lateinamerikanischen Staaten gegen die Schiedsgerichtsbarkeit allein durch die neue Gesetzgebung überwunden werden kann.<sup>111</sup> In Brasilien hat der Erlass des neuen Schiedsgesetzes nach anfänglichen Schwierigkeiten zu einem gewaltigen Aufschwung der Schiedsgerichtsbarkeit geführt.<sup>112</sup> Es ist jedoch zu vermuten, dass in dieser Hinsicht zwischen den einzelnen Staaten große Unterschiede bestehen und gleichlautende Bestimmungen nicht überall in derselben Weise ausgelegt werden. Es bleibt also Raum für weitergehende Untersuchungen.

---

Latinoamérica, 2010; vgl. dazu meine Besprechung in *RabelsZ* 77 (2013) S. 677 ff.; Carlos Alberto Soto Coaguila (Hrsg.), *Tratado de derecho arbitral*, 2 Bde., 2011. Siehe auch oben Fn. 97.

<sup>110</sup> Eine aktuelle Übersicht bieten die Länderberichte in Hanns-Christian Salger/Rolf Trittmann (Hrsg.), *Internationale Schiedsverfahren*, Praxishandbuch, 2019, S. 731-746., die aber nur fünf Staaten umfassen.

<sup>111</sup> Skeptisch *Horacio A. Grigera-Naón*, *Arbitration and Latin America: Progress and Setbacks*, *Arb.Int.* 21 (2005) 127, 150: „Despite the rosy landscape generally presented by the black letter law on arbitration in Latin America after its recent modernization, its substance or spirit has not always been properly understood or applied.“ Siehe auch *Claus von Wobeser*, *International Arbitration in Latin America: where are we and where are we headed?*, *Rev.Arb.Med.* 3 (2006) Nr. 11, S. 166, 170: „Perhaps the weakest pillar of effective arbitration in Latin America at this time has to do with the failure to adequately establish an arbitration culture in the courts.“ Ähnlich *Mason/Gomm-Santos* (oben Fn. 45) S. 61: „The biggest obstacle to the further development of [International Commercial Arbitration] in Latin America is now found not in formal legal rules, but, perhaps, in the absence of a legal culture hospitable to arbitration.“

<sup>112</sup> Siehe dazu *Peter Sester/José Antonio Fechtner/Marcela Levy*, *Handelsschiedsgerichtsbarkeit in Brasilien, Rechtsrahmen und faktische Gegebenheiten*, *RIW* 2017, S. 701 ff.; *Jan Curschmann*, *Länderbericht Brasilien*, in: Salger/Trittmann (oben Fn. **Fehler! Textmarke nicht definiert.**), S. 731 ff.